

Der bekannte US-Journalist Bob Dreyfuss befürchtet, dass sich US-Präsident Trump von Außenminister Pompeo und Sicherheitsberater Bolton dazu drängen lässt, gemeinsam mit Israel und Saudi-Arabien über den Iran herzufallen.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 038/19 – 29.03.19**

Steigt am Horizont ein Krieg gegen den Iran auf?

Von Bob Dreyfuss, zuerst veröffentlicht bei TomDispatch.com

The Nation, 11.03.19

(<https://www.thenation.com/article/iran-america-potential-war-trump-administration/>)

Die außenpolitische Frage aller Fragen im Jahr 2019 lautet: Sind US-Präsident Donald Trump, der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu und der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman, die derzeit große Probleme daheim und mit Verbündeten haben, skrupellos genug, um trotzdem einen Krieg mit dem Iran vom Zaun zu brechen? Und wäre ein militärischer Konflikt mit dem Iran zu begrenzen, oder würden verstärkte israelische Angriffe auf iranische Truppen in Syrien, kleinere, die irakische Grenze überschreitende US-Angriffe auf iranisches Gebiet oder ein Gefecht zwischen Kriegsschiffen der USA und des Irans im Persischen Golf einen größeren Krieg auslösen?

Beunruhigend ist, dass beide Fragen mit ja zu beantworten sind. Auch wenn sich Westeuropa gegen einen militärischen Konflikt mit dem Iran sträubt, Russland und China strikt dagegen sind und die meisten außenpolitischen Experten in Washington über die Anzettelung eines solchen Krieges entsetzt wären, könnte es trotzdem dazu kommen.

Auch wenn die Trump-Administration derzeit vor allem die Spannungen mit Venezuela und sogar mit Nordkorea anheizt, ist der Iran wahrscheinlich das nächste Land, mit dem Washington einen Schießkrieg anfangen wird. Nach der jahrelangen politischen Hetze gegen den Iran könnte sich Präsident Trump, angefeuert von seinen beiden kriegslüsternten Komplizen, seinem Außenminister Mike Pompeo und seinem Nationalen Sicherheitsberater John Bolton, dazu entschließen, in Kürze einen Konflikt mit potenziell katastrophalen Folgen loszutreten.

Ein Krieg mit dem Iran könnte sich auf große Teile des Nahen und Mittleren Ostens ausweiten – nicht nur auf Saudi-Arabien und Israel, die beiden Hauptfeinde des Irans, sondern auch auf den Irak, Syrien, den Libanon, den Jemen und andere Staaten am Persischen Golf. Er könnte tatsächlich zu dem Großkonflikt ausarten, den der iranische Präsident Hassan Rohani im letzten Jahr als "Mutter aller Kriege" bezeichnet hat, wobei er – sicher unabsichtlich – Saddam Hussein, den früheren Herrscher des Iraks und erklärten Feind des Irans zitierte.

Mit den beiden bekannten Iran-Hassern Bolton und Pompeo an seiner Seite wird Trump sicher keinerlei Hemmungen haben, gegen den Iran vorzugehen [weitere Infos dazu unter https://www.washingtonpost.com/outlook/2019/02/07/trump-is-moving-us-closer-war-with-iran/?utm_term=.01331a890025]. John Kelly, der frühere Stabschef des Weißen Hauses, der entlassene Nationale Sicherheitsberater H. R. McMaster und der zurückgetretene Verteidigungsminister Jim Mattis, die einmal die Lieblingsgeneräle Trumps waren und ihn zurückhalten konnten, sind längst geschasst. Und obwohl das Democratic National Committee (der Bundesvorstand der Demokratischen Partei, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Democratic_National_Committee) eine Resolution [s. <https://www.niacaction.org/dnc-adopts-jc->

[poa-resolution/](#)] beschlossen hat, in der die Trump-Regierung aufgefordert wird, dem von Obama unterzeichneten Atomabkommen mit dem Iran wieder beizutreten, gibt es noch eine große Anzahl demokratischer Kongressmitglieder, die immer noch glauben, dass der Iran eine große Bedrohung für die US-Interessen in der Golfregion darstellt.

Während der Obama-Jahre war es für die Demokraten selbstverständlich, die Anschuldigung des Präsidenten, der Iran sei ein Hauptsponsor des Terrorismus und müsse entsprechend behandelt werden, zu unterstützen. Und die Demokraten im Kongress, die jetzt die Außenpolitik der Partei vertreten – Eliot Engel (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Eliot_Engel), der dem Auswärtigen Ausschuss des Repräsentantenhauses vorsitzt, sowie Bob Menendez (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Bob_Menendez) und Ben Cardin (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Ben_Cardin), die beiden führenden Demokraten im Auswärtigen Ausschuss des Senates – waren 2015 noch gegen den Abschluss des Atomabkommens mit dem Iran, behaupten jetzt aber, ihre Meinung geändert zu haben [s. <https://www.time-sofisrael.com/jewish-democrats-who-opposed-iran-nuke-deal-urge-trump-to-keep-pact/>].

Gefährliche Spannungsherde, die einen Krieg auslösen könnten

Auf der Berg-und-Tal-Bahn der Trumpschen Außenpolitik sind Einschüchterungsversuche und wirkliche Absichten, leere Drohungen und ernstzunehmende Erklärungen nur schwer voneinander zu unterscheiden. Was den Iran betrifft, ist jedoch anzunehmen, dass Trump, Bolton und Pompeo keine Neuauflage des (fast) im Alleingang durchgezogenen Überfalls auf den Irak planen, den Präsident George W. Bush im Frühjahr 2003 gestartet hatte.

Der offene Aufruf zum Sturz der Regierung in Teheran [s. <https://www.newsweek.com/bolton-iran-ayatollah-many-years-trump-anniversary-1327159>], der Rückzug aus dem Atomabkommen mit dem Iran, die Verhängung noch schärferer Sanktionen, mit denen die iranische Wirtschaft lahmgelegt werden soll, die Aufforderung an die Iraner, gegen ihre Regierung zu revoltieren [s. <https://www.newyorker.com/news/news-desk/the-trump-administration-calls-on-iranians-to-make-a-choice-about-their-leadership>], die offene Unterstützung diverser oppositioneller iranischer Exil-Gruppen, die zu vermutende verdeckte Unterstützung im Iran agierender Terroristen [s. <https://www.nybooks.com/daily/2018/07/20/why-trumps-hawks-back-the-mek-terrorist-cult/>] und die Bildung einer gegen den Iran gerichteten Allianz mit Israel und Saudi-Arabien [s. <https://www.haaretz.com/us-news/.premium-warsaw-summit-will-test-u-s-gamble-on-israeli-arab-pact-against-iran-1.6932889>] lassen aber den Schluss zu, dass dieses Trio den Kollaps des iranischen Regimes erzwingen will, das gerade den 40. Jahrestag der Islamischen Revolution im Jahr 1979 gefeiert hat.

Es gibt drei potenzielle Spannungsherde, in denen sich aus kleinen Scharmützeln ganz schnell ein großer Schießkrieg entwickeln könnte.

Den ersten bilden Syrien und der Libanon. Der Iran wird den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad, der erst kürzlich Teheran besucht hat [weitere Infos dazu unter <https://www.haaretz.com/us-news/.premium-warsaw-summit-will-test-u-s-gamble-on-israeli-arab-pact-against-iran-1.6932889>], auch weiterhin unterstützen und ist eng mit der Hisbollah verbündet, einer schiitischen politischen Partei im Libanon, die über eine militärisch starke Miliz verfügt. Erst vor einigen Wochen hat sich der israelische Premierminister Netanjahu offen damit gebrüstet, dass die israelische Luftwaffe erfolgreich iranische Ziele in Syrien bombardiert hat [s. <https://www.haaretz.com/us-news/.premium-warsaw-summit-will-test-u-s-gamble-on-israeli-arab-pact-against-iran-1.6932889>]. Tatsächlich finden – im Westen kaum bemerkt – schon länger als ein Jahr immer wieder israelische Luftangriffe auf iranische Truppen in Syrien statt, die hohe Verluste fordern [s. <https://www.nytimes.com/2018/02/10/world/middleeast/israel-iran-syria.html?module=inline>].

Bis jetzt hat die iranische Führung direkte Reaktionen auf diese Angriffe vermieden, um die Konfrontation mit Israel nicht auszuweiten, und auch darauf verzichtet, die verbündete, kampferprobte Hisbollah stellvertretend Gegenschläge durchführen zu lassen. Das könnte sich jedoch ändern, wenn sich iranische Hardliner dazu entschließen, zurückzuschlagen. Zweifelt jemand daran, dass sich Präsident Trump – falls dieser brodelnde Konflikt explodieren sollte – auf die Seite Israels schlagen und dabei auch von den Demokraten im Kongress unterstützt würde?

Auch der Irak ist als potentieller Spannungsherd zu betrachten. Im Februar hat Trump in der CBS-Sendung "Face the Nation" [s. <https://www.cbsnews.com/news/transcript-president-trump-on-face-the-nation-february-3-2019/>] damit gedroht, US-Truppen im Irak belassen zu wollen, um dem Iran, den er als großes Problem ansehe, "besser auf die Finger schauen zu können". Seine Bemerkungen sind bei der politischen Klasse des Iraks nicht besonders gut angekommen [s. <https://www.npr.org/2019/02/15/694897468/trump-wants-to-use-iraqi-base-to-watch-iran-now-iraqi-parties-want-u-s-forces-ou>], weil auch viele irakische Parteien und Milizen vom Iran unterstützt werden.

Trumps Erklärung ging ein Ende letzten Jahres im Wall Street Journal veröffentlichter Bericht voraus, dem zu entnehmen war, dass Bolton das Pentagon aufgefordert hat, "Vergeltungsschläge" gegen den Iran vorzubereiten, aber am Widerspruch verschiedener Generäle und des damaligen Verteidigungsministers Mattis gescheitert ist [s. <https://www.wsj.com/articles/white-house-sought-options-to-strike-iran-11547375404> und <https://www.nytimes.com/2019/01/13/us/politics/bolton-iran-pentagon.html>]. Kurz vorher hatte es einige kleinere Raketenangriffe auf die Grüne Zone in Bagdad [s. unter <https://www.reuters.com/article/us-mideast-crisis-iraq-attack/three-mortars-land-inside-baghdads-green-zone-idUSKCN1LM3BO>], den Flughafen in Basra und eine irakische Hafenstadt am Persischen Golf gegeben, die keinerlei Verluste verursacht hatten. In einem Artikel für *Foreign Affairs* sprach Pompeo trotzdem von "lebensbedrohenden Angriffen" und warf dem Iran vor, die Angriffe seiner "Helfershelfer", die er finanziere, ausbilde und mit Waffen versorge, nicht verhindert zu haben [s. <https://www.foreignaffairs.com/articles/middle-east/2018-10-15/michael-pompeo-secretary-of-state-on-confronting-iran>]. Damals gab es zwar keine "US-Vergeltungsschläge", jetzt existieren aber zweifellos Pläne dafür, und es ist nicht schwer, sich vorzustellen, dass Bolton und Pompeo den Präsidenten Trump zur Durchführung dieser Pläne bringen könnten – mit unkalkulierbaren Folgen.

Der dritte Spannungsherd ist der Persische Golf selbst. Seit der aggressiven Iran-Politik George W. Bushs besteht die Gefahr von Zusammenstößen zwischen Seestreitkräften der USA und des Irans, und es hat auch schon mehrere Zwischenfälle gegeben (weitere Infos dazu unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_07/LP07507_250307.pdf , http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP00508_110108.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP05710_250210.pdf). Um solche Zwischenfälle zu vermeiden, versuchte die Obama-Regierung vergeblich, einen "heißen Draht" zwischen, den Marinekommandos der USA und des Irans zu errichten [s. <https://www.wsj.com/articles/SB10001424052970203791904576609093178338996>] – auf Initiative des damaligen US-Generalstabschefs Mike Mullen, der einen Krieg gegen den Iran entschieden ablehnte [s. <https://www.comondreams.org/views/2010/03/07/mullen-wary-israeli-attack-iran>].

Unter Trump sind jedoch, alle Hemmungen gefallen. Bereits im letzten Jahr hat er seinen damaligen Verteidigungsminister Mattis aufgefordert, Pläne zur Versenkung der "iranischen Schnellbote" im Persischen Golf vorzulegen, und wiederholt nachgefragt: "Warum versenken wir sie nicht einfach?" [s. <https://www.haaretz.com/hblocked?returnTo=https%3A%2F%2Fwww.haaretz.com%2Fus-news%2Ftrump-asked-mattis-for-plan-to-blow-up-iranian-fast-boats-report-says-1.6834093>] Mit der Verstärkung der U.S. Navy im Golf [s.

unter <https://www.rferl.org/a/u-s-aircraft-carrier-arrives-in-persian-gulf-shadowed-by-iranian-boats/29669954.html>] hat er die iranische Regierung sehr verärgert [s. <https://thehill.com/policy/international/422703-iran-presence-of-us-carrier-in-gulf-insignificant>]. Der iranische Präsident Hassan Rohani hat Anfang dieses Jahres erklärt, sein Land habe U-Boote entwickelt, die Überwasserschiffe mit Marschflugkörpern angreifen könnten [s. unter <https://www.upi.com/Defense-News/2019/02/19/Iran-unveils-submarine-that-can-launch-cruise-missiles/9491550588008/?nll=1>]. Die Iraner haben Ende Februar mehrere Manöver im Persischen Golf durchgeführt und dabei auch einen dieser Marschflugkörper getestet [s. https://www.upi.com/Top_News/World-News/2019/02/21/Iranian-navy-starts-war-games-to-demonstrate und <https://www.militarytimes.com/flashpoints/2019/02/24/iran-launches-cruise-missile-from-submarine-during-drill/>].

Außerdem hat die rechte *Washington Times* bereits Mitte Februar erneut ein bewährtes Argument ins Spiel gebracht, das schon George W. Bush und Dick Cheney im Jahr 2003 bei der Rechtfertigung des Überfalls auf den Irak mitbenutzt haben – mit einem "Exklusivbericht" mit der Überschrift "Iran-Al Qaeda Alliance may provide legal rationale for U.S. military strikes" [Die Allianz zwischen dem Iran und Al-Qaida kann als völkerrechtliche Begründung für US-Militärschläge gegen den Iran dienen, s. <https://www.washingtontimes.com/news/2019/feb/18/iran-al-qaeda-alliance-may-provide-legal-rationale/>].

Im Jahr 2002 hat das Office of Special Plans [s. <https://www.motherjones.com/politics/2004/01/lie-factory/> (und https://en.wikipedia.org/wiki/Office_of_Special_Plans)] des damaligen US-Verteidigungsministers Donald Rumsfeld (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Donald_Rumsfeld) – unter Aufsicht der Neokonservativen Paul Wolfowitz (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Wolfowitz) und Douglas Feith (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Douglas_J._Feith) – monatelang vergeblich versucht, zu beweisen, dass der Irak mit Al-Qaida kooperiert. In dem Bericht der *Washington Times* wird jetzt unter Berufung auf Informationen aus der Trump-Regierung behauptet, der Iran habe enge Beziehungen zu Al-Qaida und schleuse über geheime Kanäle Kämpfer, Geld, und Waffen in den ganzen Nahen und Mittleren Osten ein. Außerdem wird angedeutet, die Trump-Regierung wolle diese "Fakten" zur "völkerrechtlichen Rechtfertigung für Militärschläge" gegen den Iran und/oder seine Verbündeten nutzen. Es muss nicht gesagt werden, dass nur sehr wenige Terrorismus-Experten und Iran-Spezialisten irgendwelche Verbindungen des Irans zu Al-Qaida bestätigen würden.

Werden sich die Hardliner in Washington und im Iran durchsetzen?

Die Trump-Regierung hat große Probleme, irgendwelche Verbündete zu finden, die bereit wären, sich einer neuen "Koalition der Willigen" (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Koalition_der_Willigen) für einen Krieg gegen den Iran anzuschließen. Die einzigen "Interessenten" sind bisher Israel und Saudi-Arabien, und beide sind begeisterte Befürworter eines Krieges gegen den Iran. Letzten Monat hat Premierminister Netanjahu verkündet, Israel und seine arabischen Verbündeten wollten unbedingt Krieg gegen den Iran führen.

Auf dem wenig erfolgreichen Gipfeltreffen, zu dem Washington führende Politiker der Welt Mitte Februar in die polnische Hauptstadt Warschau eingeladen hatte, um sie auf einen baldigen "Kreuzzug gegen den Iran" einzuschwören, erklärte Netanjahu auf Hebräisch: "Das ist ein offenes Treffen mit Vertretern wichtiger arabischen Staaten, die sich mit Israel an einen Tisch setzen, um über das gemeinsame Interesse an einem Krieg gegen den Iran zu reden." [s. <https://www.nbcnews.com/news/world/netanyahu-appears-say-war-iran-common-goal-n971266>]. Später bestand er darauf, die richtige Übersetzung hätte "das gemeinsame Interesse an der Bekämpfung des Irans" lauten müssen; da war aber schon klar, was er eigentlich will.

Dieser Warschauer Gipfel war speziell zur Bildung einer Koalition gegen den Iran einberufen worden [s. <https://www.nytimes.com/2019/02/13/world/middleeast/warsaw-summit-pompeo.html>]. Viele wichtige Verbündete der USA, die Trump den Rückzug aus dem Atomabkommen mit dem Iran immer noch übelnehmen, wollten aber nichts damit zu tun haben. Um besonders die Europäer zu besänftigen und zur Teilnahme zu bewegen, verständigten sich die USA und Polen darauf, den Gipfel in eine allgemeine "Konferenz zur Förderung des Friedens und der Sicherheit im Mittleren Osten" umzubenennen.

Viele sind aber nicht auf die Namensänderung hereingefallen. Vizepräsident Pence und Außenminister Pompeo waren sehr verärgert, weil die Franzosen, die Deutschen, die Europäische Union und andere Staaten keine Minister, sondern nur ihre Botschafter in Warschau zu dem Gipfel entsandten [s. <https://www.vox.com/world/2019/2/15/18225218/warsaw-summit-2019-iran-meeting-conference>]. Auch die arabischen Staaten, die nicht zu den Vasallen Saudi-Arabiens zählen, schickten nur Delegationen niederen Ranges. Die Türkei und Russland boykottierten den Gipfel, und ihre Präsidenten Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdogan trafen sich zu einer eigenen Konferenz mit dem iranischen Präsidenten Rohani [s. <https://www.euronews.com/2019/02/14/russia-turkey-and-iran-hold-rival-conference-to-us-backed-warsaw-summit>].

Pence, der eh nicht besonders diplomatisch ist, beschimpfte und beleidigte die Europäer, weil sie nicht bereit waren, hinter der Abrissbirne Washingtons in einen Krieg (gegen den Iran) zu ziehen. Zu Beginn seiner Eröffnungsrede sagte er: "Die Zeit für einen Rückzug unserer europäischen Partner aus dem Atomabkommen mit dem Iran ist gekommen," und startete dann einen Frontalangriff gegen die Bemühungen der Europäer, das Atomabkommen durch Umgehung der von Washington erneut verhängten Sanktionen zu erhalten: "Unglücklicherweise haben einige unserer wichtigsten europäischen Partner den Versuch gestartet, Mechanismen zu schaffen, um unsere Sanktionen auszuhebeln. Damit versuchen sie auch unsere Bemühungen zum Sturz des mörderischen iranischen Revolutionsregimes zu hintertreiben." [s. <https://www.whitehouse.gov/briefings-statements/remarks-vice-president-pence-warsaw-ministerial-working-luncheon-warsaw-poland/>].

Diese Schimpfkanonade gegen die europäischen Verbündeten erinnert an die verächtliche Bemerkung des damaligen US-Verteidigungsministers Rumsfeld, der Anfang 2003 Deutschland und Frankreich als "Vertreter des alten Europas" geschmäht hatte [s. <https://www.theguardian.com/world/2003/jan/24/germany.france>]. Auch damals unterstützten nur wenige Verbündete den Überfall Washingtons auf den Irak, konnten ihn aber nicht verhindern. Auch jetzt wird der Widerwille Europas die USA vermutlich nicht von einem Krieg gegen den Iran abschrecken.

Pence hat richtigerweise festgestellt, dass die Europäer Schritte unternommen haben, um das Atomabkommen mit dem Iran, das offiziell Joint Comprehensive Plan of Action, abgekürzt JCPOA (Gemeinsamer umfassender Aktionsplan und restriktive Maßnahmen, s. dazu auch <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/iran/jcpoa-restrictive-measures/>) heißt, zu retten. Insbesondere haben sie ein spezielles Instrument for Supporting Trade Exchanges, abgekürzt INSTEX, geschaffen, das nach einer gemeinsamen Erklärung der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens "den legitimen Handel mit dem Iran" unterstützen soll [s. <https://www.diplomatie.gouv.fr/en/country-files/iran/events/article/joint-statement-on-the-creation-of-instex-the-special-purpose-vehicle-aimed-at>]. Das ist eine außergewöhnliche Erklärung, durch die – und da liegt Pence völlig richtig – die Sanktionen, die Trump nach dem Ausstieg aus dem JCPOA dem Iran auferlegt hat, unwirksam werden [s. <https://www.diplomatie.gouv.fr/en/country-files/iran/events/article/joint-statement-on-the-creation-of-instex-the-special-purpose-vehicle-aimed-at>].

Mit INSTEX wird auch eine politische Absicht verfolgt. Der Rückzug der USA aus dem JCPOA war ein Tiefschlag für den iranischen Präsidenten Rohani, seinen Außenminister Dschawad Sarif (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Mohammed_Dschawad_Sarif) und die in Teheran Herrschenden; sie sind stolz auf den Deal zwischen dem Iran und den sechs wichtigen Mächten USA, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Russland und China, denn auch ihr Ansehen bei der iranischen Bevölkerung ist dadurch sehr gewachsen. Viele Iraner begrüßten das Abkommen, weil sie darauf hofften, der Handel des Irans mit dem Rest der Welt und vor allem seine Ölverkäufe würden nach dem Wegfall der Sanktionen stark wachsen.

Aber schon vor Trumps Ausstieg aus dem Atomabkommen hat der Druck der USA auf den Iran stark zugenommen, und keine der Erwartungen der Iraner hat sich erfüllt. Im letzten Jahr sind die Wirtschaft und die Währung des Irans geradezu abgestürzt [s. <https://www.nytimes.com/2018/12/26/world/middleeast/iran-middle-class-currency-inflation.html> und <https://www.nytimes.com/2018/09/05/world/middleeast/iran-currency-rial.html>], die Inflationsrate ist enorm gestiegen [s. <https://www.forbes.com/sites/stevehanke/2018/07/29/iran-rial-is-in-a-death-spiral-again/#5dbad2973e59>] und es gab auch wieder Streiks und Straßendemonstrationen gegen die iranische Regierung und die geistliche Führung [s. https://en.wikipedia.org/wiki/2017%E2%80%93Iranian_protests]. Dabei ertönten erneut die Sprechchöre "Tod dem Diktator!", die seit der Revolte der Grünen Bewegung gegen die Wiederwahl des Präsidenten Mahmud Ahmadineschad im Jahr 2009 nicht mehr zu hören waren.

Ende Februar schien es, als hätten Trump, Bolton und Pompeo einen wichtigen Sieg errungen, als Sarif, der beliebte, westlich orientierte iranische Außenminister, seinen Rücktritt bekannt gab. Weil Unterstützer des JCPOA, wie Rohani und Sarif, nach dem Rückzug Trumps aus dem Atomabkommen unter Beschuss durch iranische Hardliner gerieten, wurde Sarifs Rücktritt als beunruhigendes Zeichen dafür angesehen, dass die Hardliner in Teheran mit ihm ihr erstes Opfer verbuchen konnten.

Es gab sogar die unbegründete Spekulation, ohne Sarif, der unermüdlich und gemeinsam mit den Europäern versuchte hatte, wenigstens Teile des Atomabkommens zu retten, werde auch der Iran das Atomabkommen aufkündigen und sein Urananreicherungsprogramm wieder aufnehmen. Zweifellos haben die Erklärungen Boltons und Pompeos und ihrer Komplizen die Moderaten im Iran geschwächt und die iranischen Hardliner ermutigt., Die hielten Ayatollah Ali Khamenei (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Ali_Chamene_%E2%80%99i), dem höchsten Führer des Irans, vor: "Davor haben wir doch schon immer gewarnt."

Trotz des innenpolitischen Drucks auf Sarif war sein Rücktritt nur von kurzer Dauer: Rohani hat ihn nicht angenommen [s. <https://www.reuters.com/article/us-iran-zarif-resignation/iran-president-rejects-resignation-of-moderate-ally-zarif-idUSKCN1QG0LY>], und der iranische Außenminister erhielt auch viel Rückhalt aus dem iranischen Parlament. Sogar General Qassem Soleimani (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Qassem_Soleimani), ein führender Offizier der Iranischen Revolutionsgarde, abgekürzt IRGC, und Kommandeur der Al-Quds-Brigade (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Al-Quds-Einheit>), unterstützte ihn [s. unter <https://www.tehrantimes.com/news/433490/General-Soleimani-Zarif-is-in-charge-of-iran-foreign-policy>]. Die Al-Quds-Brigade, ein Arm der IRGC, ist zuständig für die paramilitärische und geheimdienstlichen Operationen des Irans im Ausland, vor allem aber im Irak und in Syrien. Als Kommandeur dieser Einheit trägt Soleimani die Verantwortung für die iranische Außenpolitik auf diesem Gebiet und ist deshalb ein mächtiger Rivale Sarifs. Auch dessen Konkurrenz könnte ein Grund für Sarifs kurzzeitigen Verzicht gewesen sein, der aber nun entfallen ist.

Analysten und Kommentatoren haben vermutet, Sarifs "Rücktritt" sei mit Rohani abgesprochen gewesen [s. dazu auch <https://lobelog.com/zarif-resigns-then-returns-with-stronger-hand/> und <https://www.theguardian.com/commentisfree/2019/feb/27/iran-foreign-minister-mohammad-javad-zarif-resignation>] und habe nur das politische Vertrauen in die iranische Regierung stärken sollen, was mindestens kurzzeitig gelungen ist.

Die kurze Krise um Sarifs "Rücktritt" hat aber die beiden gegensätzlichen Tendenzen in der Politik des Irans deutlich hervortreten lassen und die Frage aufgeworfen, ob dann, wenn die Regierung Trump die Konfrontation mit dem Iran weiter anheizt, nicht auch die Hardliner im Iran die militärische Auseinandersetzung mit den USA suchen werden, die sie schon lange wollen?

Vermutlich möchten Bolton und Pompeo genau das erreichen. Wenn es so kommt, sollten Sie sich auf einen weiteren US-Angriffskrieg einstellen, der aber ganz anders verlaufen wird, als es sich die Kriegstreiber in Washington vorstellen.

Bob Dreyfuss, der auch für The Nation arbeitet, ist ein unabhängiger investigativer Journalist, der sich auf US-Außenpolitik und Probleme der staatlichen Sicherheit spezialisiert hat.

(Wir haben den besorgniserregenden Artikel komplett übersetzt und mit zusätzlichen Links und Ergänzungen in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt. Weitere Infos über ihn sind nachzulesen unter https://en.wikipedia.org/wiki/Robert_Dreyfuss . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

The logo for 'The Nation' news outlet, featuring the word 'THE' in a small, red, serif font above the word 'Nation.' in a larger, red, serif font.

Is a War With Iran on the Horizon?

The Trump administration is reckless enough to turn the Cold War with Iran into a hot one

Published on Monday, March 11, 2019 by Tom Dispatch

Here's the foreign policy question of questions in 2019: Are President Donald Trump, Israeli Prime Minister Benjamin Netanyahu, and Saudi Crown Prince Mohammed bin Salman, all severely weakened at home and with few allies abroad, reckless enough to set off a war with Iran? Could military actions designed to be limited -- say, a heightening of the Israeli bombing of Iranian forces inside Syria, or possible U.S. cross-border attacks from Iraq, or a clash between American and Iranian naval ships in the Persian Gulf -- trigger a wider war?

Worryingly, the answers are: yes and yes. Even though Western Europe has lined up in opposition to any future conflict with Iran, even though Russia and China would rail against it, even though most Washington foreign policy experts would be horrified by the outbreak of such a war, it could happen.

Despite growing Trump administration tensions with Venezuela and even with North Korea, Iran is the likeliest spot for Washington's next shooting war. Years of politically charged anti-Iranian vituperation might blow up in the faces of President Trump and his two most hawkish aides, Secretary of State Mike Pompeo and National Security Advisor John Bolton, setting off a conflict with potentially catastrophic implications.

Such a war could quickly spread across much of the Middle East, not just to Saudi Arabia and Israel, the region's two major anti-Iranian powers, but Iraq, Syria, Lebanon, Yemen, and the various Persian Gulf states. It might indeed be, as Iranian President Hassan Rouhani suggested last year (unconsciously echoing Iran's former enemy, Iraqi ruler Saddam Hussein) the "mother of all wars."

With Bolton and Pompeo, both well-known Iranophobes, in the driver's seat, few restraints remain on President Trump when it comes to that country. White House Chief of Staff John Kelly, National Security Advisor H.R. McMaster, and Secretary of Defense Jim Mattis, President Trump's former favorite generals who had urged caution, are no longer around. And though the Democratic National Committee passed a resolution last month calling for the United States to return to the nuclear agreement that President Obama signed, there are still a significant number of congressional Democrats who believe that Iran is a major threat to U.S. interests in the region.

During the Obama years, it was de rigueur for Democrats to support the president's conclusion that Iran was a prime state sponsor of terrorism and should be treated accordingly. And the congressional Democrats now leading the party on foreign policy -- Eliot Engel, who currently chairs the House Foreign Affairs Committee, and Bob Menendez and Ben Cardin, the two ranking Democrats on the Senate Foreign Relations Committee -- were opponents of the 2015 nuclear accord (though all three now claim to have changed their minds).

Deadly Flashpoints for a Future War

On the roller coaster ride that is Donald Trump's foreign policy, it's hard to discern what's real and what isn't, what's rhetoric and what's not. When it comes to Iran, it's reasonable to assume that Trump, Bolton, and Pompeo aren't planning an updated version of the unilateral invasion of Iraq that President George W. Bush launched in the spring of 2003.

Yet by openly calling for the toppling of the government in Tehran, by withdrawing from the Iran nuclear agreement and reimposing onerous sanctions to cripple that country's economy, by encouraging Iranians to rise up in revolt, by overtly supporting various exile groups (and perhaps covertly even terrorists), and by joining with Israel and Saudi Arabia in an informal anti-Iranian alliance, the three of them are clearly attempting to force the collapse of the Iranian regime, which just celebrated the 40th anniversary of the 1979 Islamic revolution.

There are three potential flashpoints where limited skirmishes, were they to break out, could quickly escalate into a major shooting war.

The first is in Syria and Lebanon. Iran is deeply involved in defending Syrian President Bashar al-Assad (who only recently returned from a visit to Tehran) and closely allied with Hezbollah, the Lebanese Shiite political party with a potent paramilitary arm. Weeks ago, Israeli Prime Minister Netanyahu openly boasted that his country's air force had successfully taken out Iranian targets in Syria. In fact, little noticed here, dozens of such strikes have taken place for more than a year, with mounting Iranian casualties.

Until now, the Iranian leadership has avoided a direct response that would heighten the confrontation with Israel, just as it has avoided unleashing Hezbollah, a well-armed, battle-tested proxy force. That could, however, change if the hardliners in Iran decided to retaliate. Should this simmering conflict explode, does anyone doubt that President Trump would soon join the fray on Israel's side or that congressional Democrats would quickly succumb to the administration's calls to back the Jewish state?

Next, consider Iraq as a possible flashpoint for conflict. In February, a blustery Trump told CBS's Face the Nation that he intends to keep U.S. forces in Iraq "because I want to be looking a little bit at Iran because Iran is the real problem." His comments did not exactly go over well with the Iraqi political class, since many of that country's parties and militias are backed by Iran.

Trump's declaration followed a Wall Street Journal report late last year that Bolton had asked the Pentagon -- over the opposition of various generals and then-Secretary of Defense Mattis -- to prepare options for "retaliatory strikes" against Iran. This roughly coincided with a couple of small rocket attacks against Baghdad's fortified Green Zone and the airport in Basra, Iraq's Persian Gulf port city, neither of which caused any casualties. Writing in Foreign Affairs, however, Pompeo blamed Iran for the attacks, which he called "life-threatening," adding, "Iran did not stop these attacks, which were carried out by proxies it has supported with funding, training, and weapons." No "retaliatory strikes" were launched, but plans do undoubtedly now exist for them and it's not hard to imagine Bolton and Pompeo persuading Trump to go ahead and use them -- with incalculable consequences.

Finally, there's the Persian Gulf itself. Ever since the George W. Bush years, the U.S. Navy has worried about possible clashes with Iran's naval forces in those waters and there have been a number of high-profile incidents. The Obama administration tried (but failed) to establish a hotline of sorts that would have linked U.S. and Iranian naval commanders and so made it easier to defuse any such incident, an initiative championed by then-Chairman of the Joint Chiefs Admiral Mike Mullen, a longtime opponent of war with Iran.

Under Trump, however, all bets are off. Last year, he requested that Mattis prepare plans to blow up Iran's "fast boats," small gunboats in the Gulf, reportedly asking, "Why don't we sink them?" He's already reinforced the U.S. naval presence there, getting Iran's attention. Not surprisingly, the Iranian leadership has responded in kind. Earlier this year, President Hassan Rouhani announced that his country had developed submarines capable of launching cruise missiles against naval targets. The Iranians also began a series of Persian Gulf war games and, in late February, test fired one of those sub-launched missiles.

Add in one more thing: in an eerie replay of a key argument George Bush and Dick Cheney used for going to war with Iraq in 2003, in mid-February the right-wing media outlet Washington Times ran an "exclusive" report with this headline: "Iran-Al Qaeda Alliance may provide legal rationale for U.S. military strikes."

Back in 2002, the Office of Special Plans at Secretary of Defense Donald Rumsfeld's Pentagon, under the supervision of neoconservatives Paul Wolfowitz and Douglas Feith, spent months trying to prove that al-Qaeda and Iraq were in league. The Washington Times piece, citing Trump administration sources, made a similar claim -- that Iran is now aiding and abetting al-Qaeda with a "clandestine sanctuary to funnel fighters, money, and weapons across the Middle East." It added that the administration is seeking to use this information to establish "a potential legal justification for military strikes against Iran or its proxies." Needless to say, few are the terrorism experts or Iran specialists who would agree that Iran has anything like an active relationship with al-Qaeda.

Will the Hardliners Triumph in Iran as in Washington?

The Trump administration is, in fact, experiencing increasing difficulty finding allies ready to join a new Coalition of the Willing to confront Iran. The only two charter members so far, Israel and Saudi Arabia, are, however, enthusiastic indeed. Last month, Prime Minister Netanyahu was heard remarking that Israel and its Arab allies want war with Iran.

At a less-than-successful mid-February summit meeting Washington organized in Warsaw, Poland, to recruit world leaders for a future crusade against Iran, Netanyahu was heard to say in Hebrew: “This is an open meeting with representatives of leading Arab countries that are sitting down together with Israel in order to advance the common interest of war with Iran.” (He later insisted that the correct translation should have been “combating Iran,” but the damage had already been done.)

That Warsaw summit was explicitly designed to build an anti-Iranian coalition, but many of America’s allies, staunchly opposing Trump’s decision to pull out of the Iran nuclear accord, would have nothing to do with it. In an effort to mollify the Europeans, in particular, the United States and Poland awkwardly renamed it: “The Ministerial to Promote a Future of Peace and Security in the Middle East.”

The name change, however, fooled no one. As a result, Vice President Pence and Secretary of State Pompeo were embarrassed by a series of no-shows: the French, the Germans, and the European Union, among others, flatly declined to send ministerial-level representatives, letting their ambassadors in Warsaw stand in for them. The many Arab nations not in thrall to Saudi Arabia similarly sent only low-level delegations. Turkey and Russia boycotted altogether, convening a summit of their own in which Presidents Vladimir Putin and Recep Tayyip Erdogan met with Iran’s Rouhani.

Never the smoothest diplomat, Pence condemned, insulted, and vilified the Europeans for refusing to go along with Washington’s wrecking-ball approach. He began his speech to the conference by saying: “The time has come for our European partners to withdraw from the Iran nuclear deal.” He then launched a direct attack on Europe’s efforts to preserve that accord by seeking a way around the sanctions Washington had re-imposed: “Sadly, some of our leading European partners... have led the effort to create mechanisms to break up our sanctions. We call it an effort to break American sanctions against Iran’s murderous revolutionary regime.”

That blast at the European allies should certainly have brought to mind Secretary of Defense Rumsfeld’s disparaging comments in early 2003 about Germany and France, in particular, being leaders of the “old Europe.” Few allies then backed Washington’s invasion plans, which, of course, didn’t prevent war. Europe’s reluctance now isn’t likely to prove much of a deterrent either.

But Pence is right that the Europeans have taken steps to salvage the Iran nuclear deal, otherwise known as the Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA). In particular, they’ve created a “special purpose vehicle” known as INSTEX (Instrument for Supporting Trade Exchanges) designed “to support legitimate trade with Iran,” according to a statement from the foreign ministers of Germany, France, and Great Britain. It’s potentially a big deal and, as Pence noted, explicitly designed to circumvent the sanctions Washington imposed on Iran after Trump’s break with the JCPOA.

INSTEX has a political purpose, too. The American withdrawal from the JCPOA was a body blow to President Rouhani, Foreign Minister Javad Zarif, and other centrists in Tehran who had taken credit for, and pride in, the deal between Iran and the six world powers (the United States, France, Germany, Britain, Russia, and China) that signed the agreement. That deal had been welcomed in Iran in part because it seemed to ensure that country’s ability to expand its trade to the rest of the world, including its oil exports, free of sanctions.

Even before Trump abandoned the deal, however, Iran was already finding U.S. pressure overwhelming and, for the average Iranian, things hadn’t improved in any significant way.

Worse yet, in the past year the economy had taken a nosedive, the currency had plunged, inflation was running rampant, and strikes and street demonstrations had broken out, challenging the government and its clerical leadership. Chants of “Death to the Dictator!” -- not heard since the Green Movement’s revolt against President Mahmoud Ahmadinejad’s reelection in 2009 -- once again resounded in street demonstrations.

At the end of February, it seemed as if Trump, Bolton, and Pompeo had scored a dangerous victory when Zarif, Iran’s well-known, Western-oriented foreign minister, announced his resignation. Moderates who supported the JCPOA, including Rouhani and Zarif, have been under attack from the country’s hardliners since Trump’s pullout. As a result, Zarif’s decision was widely assumed to be a worrisome sign that those hardliners had claimed their first victim.

There was even unfounded speculation that, without Zarif, who had worked tirelessly with the Europeans to preserve what was left of the nuclear pact, Iran itself might abandon the accord and resume its nuclear program. And there’s no question that the actions and statements of Bolton, Pompeo, and crew have undermined Iran’s moderates, while emboldening its hardliners, who are making I-told-you-so arguments to Ayatollah Ali Khamenei, the country’s supreme leader.

Despite the internal pressure on Zarif, however, his resignation proved short-lived indeed: Rouhani rejected it, and there was an upsurge of support for him in Iran’s parliament. Even General Qassem Soleimani, a major figure in that country’s Islamic Revolutionary Guard Corps (IRGC) and the commander of the Quds Force, backed him. As it happens, the Quds Force, an arm of the IRGC, is responsible for Iran’s paramilitary and foreign intelligence operations throughout the region, but especially in Iraq and Syria. That role has allowed Soleimani to assume responsibility for much of Iran’s foreign policy in the region, making him a formidable rival to Zarif -- a tension that undoubtedly contributed to his brief resignation and it isn’t likely to dissipate anytime soon.

According to analysts and commentators, it appears to have been a ploy by Zarif (and perhaps Rouhani, too) to win a vote of political confidence and it appears to have strengthened their hand for the time being.

Still, the Zarif resignation crisis threw into stark relief the deep tensions within Iranian politics and raised a key question: As the Trump administration accelerates its efforts to seek a confrontation, will they find an echo among Iranian hardliners who’d like nothing more than a face-off with the United States?

Maybe that’s exactly what Bolton and Pompeo want. If so, prepare yourself: another American war unlikely to work out the way anyone in Washington dreams is on the horizon.

Bob Dreyfuss, a *Nation* contributing editor, is an independent investigative journalist who specializes in politics and national security.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern